

Politische Aspekte einer Eigentums- und Vermögensordnung

Die Diskussion um Eigentums- und Vermögensprobleme ist alt. Programme zur Lösung dieser Fragen sind gerade in jüngster Zeit häufig in die Öffentlichkeit getragen worden. Auch die Gewerkschaften bemühen sich um eine Lösung. Unbeschadet der von ihnen zu treffenden Entscheidungen soll hier ein Versuch unternommen werden, grundsätzliche politische Probleme darzustellen, die bei jedem gewerkschaftlichen Lösungsbeitrag beachtet werden sollten.

Alle Ansätze zur Lösung von Eigentumsfragen haben notwendigerweise verteilungspolitischen Charakter. Eine bessere, gerechtere Verteilung des Sozialprodukts in unserer Wirtschaftsgesellschaft, darum geht es letzten Endes. Verteilungspolitik war und ist aber stets Machtpolitik. Die an der Verteilung beteiligten Gruppen müssen, um ihre Ziele durchsetzen zu können, ihre Macht einsetzen.

Es hat in der jüngsten Diskussion nicht an wohlgemeinten Vorschlägen gefehlt, die etwa die Rate der Lohnerhöhungen an die Entwicklung der Arbeitsproduktivität binden wollten. Einen konkreten Niederschlag haben diese Vorstellungen in den Tarifverhandlungen gefunden, die erst unlängst zwischen den Vertretern der Bauindustrie und der Leitung der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden geführt worden sind. Diese Auffassung von verteilungspolitischen Maßnahmen sowie ähnliche Vorschläge sind jedoch aus mehreren Gründen irrig und deshalb abzulehnen. Zunächst einmal ist zu bemerken, daß die Entwicklung der Produktivität nur schätzbar, niemals jedoch exakt meßbar ist. Die Messung der Grenzproduktivität der Arbeit mag im theoretischen Modell gelingen, in der Wirklichkeit wird man hier stets scheitern. Sodann ist einzuwenden, daß die Bindung der Erhöhung des Arbeitnehmeranteils am Sozialprodukt an die geschätzte Steigerung der Produktivität niemals ganz exakt gelingt; es bleibt stets ein „Rest“, der nur als Ergebnis eines politischen Machtkampfes zwischen den an der Verteilung beteiligten Gruppen verteilt werden kann. Letztlich entscheidend aber ist, daß diese Vorstellungen einen Verzicht auf jede Um- und Neuverteilung beinhalten, also den entschieden zu hohen Anteil der Unternehmer am Sozialprodukt zementieren könnten. Damit treten derartige Vorstellungen von Verteilungspolitik in Gegensatz zu einigen Grundforderungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik.

Andere leitende Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung vertreten den Standpunkt, daß wegen der für die Arbeitnehmer so günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt (Überbeschäftigung) gerade jetzt die Zeit für eine Um- und Neuverteilung des Sozialprodukts da sei. Jedoch auch diese Auffassung scheint mir nicht genügend begründet zu sein. Die Gewerkschaften können nicht Lohnforderungen und Vorschläge zur Eigentumsordnung nur damit begründen, daß sie in der Zeit der Arbeitskräfteknappheit am längeren Hebel sitzen. Abgesehen davon, daß in Zeiten eines Arbeitskräfteüberschusses uns von der Arbeitgeberseite mit den gleichen, nur umgekehrten Argumenten eine sehr unangenehme Quittung erteilt werden würde, ist doch hier eins zu bedenken: Die Situation auf dem Arbeitsmarkt kann einen günstigen Nährboden für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen darstellen, sie kann jedoch niemals Motiv für diese Forderungen sein, wenn wir uns nicht jeglicher Legitimation für eigene politische Arbeit begeben wollen.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich als klare Konsequenz: Basis für die Vorstellungen der Gewerkschaften zu einer Eigentums- und Vermögensordnung kann allein der stetige Kampf um die soziale Gerechtigkeit sein. Dieses alte und vornehmste Grundanliegen der Arbeiterbewegung ist zu konfrontieren mit der jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit — dieses Grundanliegen ist also seiner Natur nach nur dynamisch zu verstehen.

Dies aber bedeutet für den Politiker den entschlossenen Versuch, die Gesellschaft nach den für ihn verbindlichen Grundwerten zu gestalten. Dieser Gedanke scheint eine Binsenweisheit zu sein, aber der Blick in unsere politische Wirklichkeit lehrt, daß dies keineswegs der Fall ist. Wie oft ist die Rede von der „normativen Kraft des Faktischen“, von „Realpolitik“, von der Bindung an die „wirtschaftliche Vernunft“ und ähnlichen Dingen; wie oft muß man den beschämenden Eindruck gewinnen, daß aus taktischen und „tagespolitischen“ Erwägungen auf Politik, also auf Gesellschaftsgestaltung, verzichtet wird.

Wenn die Ergebnisse von Meinungsumfragen die Programme von Verbänden und Parteien bestimmen, dann kommt dies einer Bankrotterklärung der Politik gleich. Dies aber ist partiell zumindest die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, mit der jeder, der an die Lösung des Eigentumsproblems herangeht, zu rechnen hat.

II

Wenn nun die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik weitgehend von den oben skizzierten, negativen Tendenzen geprägt ist, dann erhebt sich für den Gewerkschafter die Frage: Was tun? Wenn er aus der Analyse der Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen sowie der Anwendung seiner Grundanliegen auf das Ergebnis dieser Analyse eine politische Konzeption entwickelt hat, so stellt sich für ihn die Frage: Wie setze ich diese Konzeption durch? Das Problem der Durchsetzbarkeit wird somit zum Zentralproblem bei allen gewerkschaftlichen Überlegungen zu einer Eigentums- und Vermögensordnung.

Im Bereich der freien Gewerkschaften in unserem Staat existieren die verschiedensten Auffassungen zur Lösung verteilungspolitischer Fragen (darunter gehört auch die Frage nach einer gerechten Eigentumsordnung). Die erste Aufgabe sollte es daher sein, diese verschiedenen Auffassungen zu überwinden und zu einer einheitlichen Haltung zu formen. Diese Überwindung kann aber nicht in einem Kompromiß bestehen; sie kann nur in der Durchsetzung und Verwirklichung der als richtig erkannten Meinung sich ausdrücken. Als Koordinationspunkt bietet sich hier der DGB an. Wenn im neuen Grundsatzprogramm die Frage der sozial gerechten Eigentums- und Vermögensordnung nicht konsequent und deutlich genug angesprochen wird, und nach den Erfahrungen mit dem auf dem 6. Bundeskongreß vorgelegten Entwurf erscheint dies zweifelhaft, dann müssen die Gewerkschaften und der DGB auf einem anderen Wege mit allen Mitteln zu einer einheitlichen Auffassung gelangen.

Gelingt dies nicht, so sehe ich keine Chance, daß die Gewerkschaften ihre Beiträge zur Lösung der anstehenden Probleme werden liefern können. Unter dem Druck einer den Gewerkschaften nicht gerade freundlich gesonnenen „öffentlichen Meinung“ wird sich dann eine Auffassung durchsetzen, die dem gewerkschaftlichen Anliegen nicht gerecht wird. Diese Auffassung wird in breiten Kreisen der Parteien vertreten, sie ist auch bereits in die Gewerkschaften eingedrungen. Diese Auffassung operiert mit den in diesem Artikel mehrfach als irrig und negativ angesprochenen Argumenten.

Die gewerkschaftliche Auffassung zur Eigentumsfrage steht in manchen Punkten in Widerspruch zu der in den Parteien vertretenen Haltung. Diese Tatsache kann aber nur eins bedeuten: die Gewerkschaften müssen mit allen Mitteln versuchen, ihre Auffassung in den Parteien durchzusetzen.

Kurzfristig werden wir mit diesem Bemühen zweifellos keinen großen Erfolg zu erwarten haben. Dies aber darf nicht zur Resignation führen; es sollte vielmehr Ansporn sein, in geduldiger Arbeit langfristig zum Ziel zu gelangen. Es gilt, den Kampf um diese unsere Forderungen mit allen demokratischen und legalen Mitteln zu führen. Unser Ziel sollte sein: Eine gerechte Eigentums- und Vermögensordnung als Bestandteil einer gerechten Sozialordnung!